Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 284 | Dresden, Dienstag den 9. Dezember 1919 | 30. Jahrg.

Das Urteil im Marloh-Prozeß

(Eigene Drahtmeldung.) **Heute mittag nach 1¼ Uhr wurde das Urteil im Falle Marloh gefällt. Marloh wurde von der Anklage des Totschlags freigesprochen. Wegen unerlaubter Entfernung wurde er mit drei Monaten Festung bestraft. Davon gelten zwei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Wegen Führung falscher Papiere wird er zu 30 Mark Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis verurteilt.**

Wenn Deutschland sich weigert

Paris, 8. Dezember. Petit Journal hält es für sehr wahrscheinlich, daß Dutasta persönlich die Note an Deutschland Freiherrn v. Lersner überreichen werde. Das Blatt fügt hinzu:

Die Alliierten fordern Deutschland auf, sich formell zu verpflichten unverzüglich das Protokoll zu unterzeichnen und technische Sachverständige zu schicken, um die Modalitäten der Ausführung des Vertrages festzusetzen. Die Note verlangt von Deutschland die Unterzeichnung ohne Erörterungen und schließt die Möglichkeit neuer Verhandlungen aus. Die Komplikationen, die Deutschland im Weigerungsfalle drohen, sind dem Blatte zufolge folgenschwer. Es handelt sich, schreibt es, nicht um die Besetzung einer Stadt oder eines begrenzten Gebietes, sondern um die Aufhebung des Waffenstillstandes nach dreitägiger Voranzeige. Daraus ergibt sich die Rückkehr zum Kriegszustande mit voller Aktionsfreiheit unsrer militärischen Führer sowie die automatische Wiederherstellung der Blockade. — Petit Parisien schreibt:

Man will Deutschland die Zustimmung, die man von ihm verlangt, erleichtern, aber zu gleicher Zeit kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sein Widerstreben in Zukunft dadurch ermutigt wird. Die Tatsache, daß ein Vertreter einer Großmacht (es handelt sich nicht um Amerika), obwohl bevollmächtigt, den Entwurf nicht unterzeichnen zu können glaubt, bevor er seiner Regierung Bericht erstattet habe, läßt auf Verzögerungen schließen, von denen Gebrauch zu machen der Feind nicht verfehlen wird.

•

Die Pariser Kommission

Genf, 9. Dezember. Ein deutscher Funkspruch aus Nauen hatte, wie französische Blätter melden, am Freitag abend mitgeteilt, daß eine neue Kommission zusammengestellt werde, die bestimmt sei, die Kommission des Herrn von Lersner zu ersetzen. Bisher ist aber noch keine Nachricht in Paris, auch nicht bei der deutschen Delegation eingegangen, die die Abreise der neuen Kommission aus Berlin anzeige.

•

Die englischen Pläne

Rotterdam, 9. Dezember. Der diplomatische Mitarbeiter des Evening Standard schreibt:

Falls die Bedrohung der Alliierten gegen Deutschland zur Ausführung gelangt, würden die Engländer gemeinsam mit belgischen Abteilungen Essen besetzen. Der Vormarsch soll sich auf zwei Tagemärsche, d. h. 50 Kilometer in nordöstlicher Richtung erstrecken. Dadurch würden die Kruppschen Werke unter Kontrolle der Alliierten kommen. Die Angelegenheit müßte bis Mittwoch geregelt sein. Der erste Schritt würde dann die Kündigung des Waffenstillstandes sein und in drei Tagen würde der Vormarsch beginnen. Der Oberste Rat, fügt der diplomatische Mitarbeiter hinzu, besitze absolute Vollmacht.

•

Greys Rückkehr aus Amerika

London, 8. Dezember. Aus Newyork wird gemeldet, daß Viscomte Grey in nächster Zeit nach England zurückkehren wird. Es ist ihm bisher unmöglich gewesen, in Anbetracht von Wilsons Krankheit diesem sein Beglaubigungsschreiben auszuhändigen.

New York Times schreiben dazu: Die Sondermission, die Grey zu erfüllen hatte, bezog sich auf wichtige Fragen, die dem Kriege entsprungen waren und die ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und England erforderten, jedoch durch die Nichtratifizierung des Friedensvertrages durch den Senat und durch die Krankheit Wilsons in Unordnung gebracht wurden.

Einzug der Elsaß-Lothringer in die französische Kammer

Paris, 8. Dezember. Die neugewählte französische Kammer trat heute nachmittag zusammen. Den Vorsitz führte der Alterspräsident. Die

elsaß-lothringischen Deputierten

hielten nach der Wiedereröffnung in corpore ihren Einzug, bei dem sich sämtliche Abgeordneten erhoben und ihnen Beifall klatschten. In seiner Begrüßungsansprache feierte der Alterspräsident die Rückkehr von Vertretern Elsaß-Lothringens in die Kammer als Kennzeichen einer neuen Aera in der Geschichte Frankreichs. Um soziale Fortschritte zu erzielen, sei die Mitarbeit der Frauen notwendig; er hoffe, daß auch der Senat, dem Beispiel der Kammer folgend, für das Frauenwahlrecht eintreten werde. Hierauf gab namens der elsaß-lothringischen Abgeordneten Abg. Dr. François eine längere Erklärung ab, in der er auf den feierlichen Protest der Elsaß-Lothringer gegen die Abtretung der beiden Provinzen Elsaß und Lothringen in der Nationalversammlung zu Bordeaux am 17. Februar 1871 hinwies. Schon damals hätten die Abgeordneten verkündet, daß der Friedensvertrag von 1871 für sie null und nichtig sei und für sich und ihre Kinder geschworen, daß sie das Recht der Elsässer und Lothringer, Mitglied der französischen Nation zu bleiben, dieser unrechtmäßigen Besitzergreifung gegenüber stets geltend machen würden. Jetzt schmiedeten die elsaß-lothringischen Abgeordneten die Kette der historischen Ueberlieferung wieder zusammen. Jetzt, wo sie ihre Sitze in der französischen Kammer wieder einnähmen, gäben sie Deutschland und der ganzen Welt von neuem zu verstehen, daß Elsaß-Lothringen niemals aufgehört habe, mit seinem ganzen Herzen der französischen Familie anzugehören, und daß sie die tiefste Befriedigung darüber empfinden, wieder zu ihr zurückzukehren. Nicht mit Unrecht habe Deutschland die Volksabstimmung vom Jahre 1918 gescheut. Die neue Wahl hätte bewiesen, daß Deutschland auf keinen Fall mehr das Recht habe, Gebiete zurückzuverlangen, die es kraft des Eroberungsrechts besessen habe. Die Erklärung schloß mit dem Dank an die französische Nation und die Verbündeten für die Befreiung der beiden Provinzen und der gebrachten Opfer.

Im Namen der Regierung beglückwünschte sodann

Ministerpräsident Clemenceau

die Bürger von Elsaß und Lothringen. Der Zufall wolle es, daß er als letzter Ueberlebender der Protestler von Bordeaux heute dazu bestimmt sei, den heißen Willkommen auszusprechen. Clemenceau erinnerte an die notwendige Organisation des Friedens, die erfolgen müsse. Er sagte u. a.: Wenn wir etwas anderes sein wollen als Zuschauer, müssen wir beherzt in die Zukunft blicken. Das Werk wartet nur auf den Arbeiter. Man muß sich beeilen, ohne Verzug Frankreich wiederaufzubauen.

Für die Sozialdemokraten verlas darauf Albert Thomas eine kurze Erklärung, in der er namens der arbeitenden Bevölkerung von Elsaß-Lothringen zum Ausdruck brachte, daß auch die sozialistische Partei von Elsaß Lothringen entschlossen und ohne Hinterhalt in die französische Gemeinschaft eintrete.

•

Die Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen

Aus Straßburg erfahren die P. P. N.:

Die Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen gingen unter sehr mäßiger Beteiligung vor sich; obwohl sie insofern besondere Bedeutung hatten, als die bestehenden Gemeinderäte ihr Dasein keiner Wahl, sondern der Einsetzung durch die Verwaltung verdanken.

In Straßburg war eine proportionelle Liste aufgestellt worden, die den Sozialisten 12, den Radikalen 4, den Demokraten 5, dem Zentrum 6 und den unabhängigen Demokraten 6 Sitze einräumte. Trotz der Verbreitung zweier gegnerischen Listen in den letzten Tagen ging die gemeinsame Liste vollständig durch. Damit ist die Wiederwahl des Sozialisten Petrotes zum Bürgermeister von Straßburg gesichert.

In Metz wurde ebenfalls eine Blockliste aufgestellt, aber sie umfaßt im Gegensatz zu Straßburg die Sozialisten nicht. Mit einer einzigen Ausnahme fand auch sie die Billigung der Metzer Bevölkerung. Bezeichnenderweise ist der eine Kandidat, der keine genügende Majorität erhielt, Herr Schlevel, der berüchtigte Uebergangsbürgermeister von Frankreichs Gnaden, der bis vor kurzem an der Spitze der Kommune stand.

In Mülhausen wurden 18 Sozialisten und 18 Kandidaten der vereinigten Bürgerlichen gewählt.

In Kolmar, der von jeher leidenschaftlich erregten Hauptstadt des Ober-Elsaß, hat ein heftiger Wahlkampf stattgefunden, der unter Führung des Zentrums gebildeten bürgerlichen Liste wurde eine Liste der Sozialisten und der unter Blumenthals Einfluß stehenden Radikalen entgegengestellt. Die Liste der Sozialisten und Radikalen hat bezeichnenderweise in der Heimatstadt des Abbé Wetterlé vollständig gesiegt.

Die Ententenote eingetroffen

Die Note der Entente ist heute in Berlin eingetroffen. Die Reichsregierung berät augenblicklich über die Stellungnahme zu den Forderungen. Infolge des Eintreffens der Note und ihres Inhalts wird die auf 1 Uhr anberaumte Sitzung der Nationalversammlung, die zur Kriegsgefangenenfrage Stellung nehmen und einen einmütigen Beschluß sämtlicher Parteien herbeiführen sollte, nicht stattfinden. Statt dessen findet um 2 Uhr eine Sitzung statt, die sich mit dem Reichsnotopfer beschäftigen wird.

Das Bekenntnis zur Gewalt

Nach einwöchiger Tagung ist der Parteitag der U. S. P. in Leipzig zu Ende gegangen mit Schlußworten, die an den Gegensätzen im eignen Lager nichts vertuschen konnten. Er hat die Probleme seiner Tagesordnung nur angeschnitten, oberflächliche Diskussionen herbeigeführt, ohne zur Klärung durchzudringen. Immerhin hat er über das künftige Verhältnis zwischen Mehrheitssozialdemokratie und U. S. P. so weit Klarheit geschaffen, daß man sagen kann: auf absehbare Zeit ist an eine Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien nicht zu denken.

Als die Kreisversammlung der Dresdner Unabhängigen zu diesem Parteitag Stellung nahm, forderte einer der unabhängigen Agitatoren namens König, daß sich die U. S. P. in Leipzig einen neuen Namen geben und einfach „kommunistische Partei" nennen solle. Der Mann hat den richtigen Riecher gehabt, denn die Beschlüsse der Leipziger Tagung bedeuten einen Sieg des kommunistischen linken Flügels der U. S. P. Die Frage „Demokratie oder Diktatur" ist zugunsten der Diktatur entschieden worden.

Man kann nicht sagen, daß die U. S. P. nicht rasch und gründlich umzulernen verstünde! Noch bis in die ersten Monate dieses Jahres hinein wandte sich die Partei Haases heftig gegen Liebknecht und Rosa Luxemburg und ihre Diktaturforderungen. Am 3. Januar konnte man in der Freiheit lesen, daß eine Gruppe von Parteigenossen schamlosesten Verrat an der Gesamtpartei verübe und diese heimlich an die Kommunisten zu verschachern suche. Solche mutwillige Zerstörer und Disziplinverbrecher müßten aus der Partei heraus. Der Bannfluch richtete sich gegen Ledebour und Däumig, die es abgelehnt hatten, mit Haase auf einer Liste zu kandidieren und nun eine gemeinsame Wahlliste mit Liebknecht, Rosa Luxemburg und Paul Levi aufstellen wollten. Diese einstigen Verräter an der U. S. P., dieser Schwanz der Kommunisten ist heute zum Vorstand der U. S. P. gewählt worden. Ja, einer von ihnen, Ledebour, ist sogar bei der Wahl zum Parteivorsitzenden durchgefallen, weil er gegenüber Däumig und Crispien zu weit rechts stand. Er teilt damit das Schicksal Hermann Fleißners, der bei dieser Gelegenheit ebenfalls aus dem Vorstand herausgewählt wurde. Ledebour als durchgefallener Revisionist und Hermann Fleißner, der Flauheit verdächtig und seinen Genossen zu gemäßigt — die Weltgeschichte ist manchmal sehr ironisch.

Heute hat bei den Unabhängigen die kommunistische Räteidee gesiegt. Beide Parteien brauchten sich nur noch über ihre Durchführung einig zu werden. Aber hier hapert's. Weder die Unabhängigen noch die Kommunisten haben bis heute ein klares Bild des Rätesystems entwerfen können, trotzdem das aus ihren Reihen bald mehr, bald ironisch verlangt wurde. Auch mit den Leipziger Beschlüssen sagen die Unabhängigen zunächst nur, daß sie die Demokratie durch die Diktatur erreichen wollen. Ueber das Wie und die Zusammensetzung der Diktaturkörperschaften schweigen sie sich aus. Crispiens Fanfaronaden gingen nicht einmal auf die Frage des Rätewahlrechts ein, denn hier wird die Sache schon kitzlich. Wenn man nur Arbeiter wählen lassen will, so ersteht schon wieder die neue Frage, welche Schichten gehören zu den Arbeitenden? Nach Karl Marx sind es alle, die nicht Besitzer von Kapital oder Produktionsmittel sind, alle, die vom Kapital ausgebeutet werden. Gibt man denen das Wahlrecht, so bleiben U. S. P. und Kommunisten in den Räten eine Minderheit, wie sie es in der Periode der provisorischen A.- und S.-Räte blieben. Will man nur unabhängige und kommunistische Kandidaten zulassen, so ist wiederum jede Wahl überflüssig. Eine Minderheit des Proletariats stünde dann gewaltherrschend einer Mehrheit des Proletariats gegenüber. Binnen denkbar kurzer Zeit bräche diese Gewaltherrschaft zusammen.

Die klügeren Köpfe der U. S. P., wie Hilferding, Henke und Ströbel, die vorsichtigeren Politiker wie Lipinski wissen um diesen Unsinn der Räteidee. Aber sie blieben in Leipzig in einer hoffnungslosen Minderheit und es wäre nur noch zu fragen: wodurch unterscheidet sich die U. S. P. heute überhaupt noch von den Kommunisten? Etwa dadurch, daß sie den Terror und die Gewaltanwendung ablehnten? Das wäre nur ein scheinbarer Unterschied! Die Rätediktatur bedeutet Gewaltherrschaft und ist ohne Vergewaltigung der Volksmehrheit, ohne Anwendung drakonischer Gewaltmittel nicht durchführbar. Daß die Unabhängigen das Parlament als Agitationstribüne benutzen wollen, während die Kommunisten sich an den letzten Wahlen nicht beteiligten, ist auch nur noch ein sehr äußerlicher Unterschied, der künftig dadurch wegfallen wird, daß ein großer Teil der Kommunisten bei den nächsten Wahlen die Stimme abgibt und innerhalb des Spartakismus

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191209/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG